

POSTULAT von Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf), Barbara Hunziker Wanner (Grüne, Rümlang), und Peter Anderegg (SP, Dübendorf)

betreffend Begrenzung der Flugbewegungen

Der Regierungsrat wird eingeladen, im Rahmen aller seiner Möglichkeiten, insbesondere auch im Rahmen ihrer Delegation im Verwaltungsrat der Flughafen AG, darauf hinzuwirken, dass das Wachstum des Flughafens auf maximal 320'000 Flugbewegungen pro Jahr begrenzt wird.

Martin Bäumle
Barbara Hunziker Wanner
Peter Anderegg

Begründung:

Im Rahmen der Diskussionen um das Koordinationsverfahren SIL und über mögliche Betriebsvarianten am Flughafen Kloten haben die Gemeinden mehrheitlich und der Runde Tisch mehrfach und klar eine Plafonierung der Flugbewegungen bei 320'000 verlangt. Nach dem Swissair-Grounding und dem damit verbundenen Aufbau der neuen redimensionierten Swiss ist davon auszugehen, dass eine Plafonierung der Bewegungen auf dem Niveau 320'000 für die Airline auch betriebswirtschaftlich vertretbar ist. Mit einer Allianz, wie sie für die Swiss zwingend ist, wird sich dies noch verschärfen. Auch für den Flughafen muss eine solche Grenze vertretbar sein, wurde doch die 5. Ausbautetappe mit 220'000 Bewegungen als refinanzierbar bezeichnet. Auch wenn sich dies heute als falsch herausstellt und eine höhere Zahl Flugbewegungen und Passagiere nötig sein wird als damals dem Volk zugesagt, kann diese sicher nicht höher angesetzt werden als die 320'000 Bewegungen. Zudem ist für die Stickoxide bekanntlich mit der Konzession für den Ausbau eine Limite gesetzt worden, bei deren Erreichen neue Massnahmen zu treffen sind - und das Bundesgericht hat in seinen Erwägungen zum Entscheid zur Baukonzession keinen Zweifel daran gelassen, dass eine Plafonierung der Bewegungszahlen als Massnahme gegen die Luftbelastung sehr wohl in Erwägung zu ziehen wäre. Die umweltrechtlichen Schranken können nämlich auch unter Berufung auf die Vorgabe des SIL nicht beliebig weit hinausgeschoben werden. Auch unter diesem Aspekt sind die 320'000 Bewegungen eine sinnvolle Limite. Es kann letztlich nicht im Interesse der Zürcher Volkswirtschaft sein, einen überdimensionierten Flughafen zu subventionieren, welcher bei unlimitiertem Wachstum massive volkswirtschaftliche Schäden verursachen kann. Flughafenpolitik kann nur mit der Bevölkerung und den Gemeinden und nicht gegen diese gemacht werden. Klare Grenzen können die verhärteten Fronten aufweichen und schaffen wieder Vertrauen in Regierung und Parlament.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Situation im laufenden SIL-Verfahren und im Rahmen der provisorischen Betriebsreglemente ist verfahren. Eine klare Willensäusserung des Parlamentes und des Regierungsrates können helfen, die verfahren Situation zu entkrampfen.